

Friese antwortet Strobl:

„Konkrete Hilfe für Obst- und Gemüsebauern“

„Ein jahrelanger Tiefschlaf der alten Bundesregierung“ ist laut SPD-MdB Harald Friese (Heilbronn) für die Probleme verantwortlich, mit der sich die Obst- und Gemüsebauern zur Zeit durch die Änderung des Pflanzenschutzgesetzes konfrontiert sehen. Schon deshalb könne die Kritik seines CDU-Bundestagskollegen Thomas Strobl „nur als Irreführung der Öffentlichkeit bewertet werden“. Strobl hatte in einer Pressemitteilung erklärt, der rot-grünen Regierungskoalition sei „die Existenz unserer Obst- und Gemüsebauern egal“. „Die Fakten“, so Friese, „belegen das genaue Gegenteil“.

Und zu diesen Fakten zähle, daß die 1991 in Kraft getretene EU-Richtlinie zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln bundesweit bereits bis 1993 hätte umgesetzt sein müssen. Während aber andere europäische Länder sich durch Änderung ihrer Zulassungsvorschriften schon frühzeitig an die neue Rechtslage angepaßt hätten, „hat die ehemalige Bundesregierung sieben Jahre lang die Hände in den Schoss gelegt“, meint Friese. Aufgrund dieser jahrelangen Versäumnisse sei Deutschland jetzt der letzte EU-Mitgliedsstaat, der dieses System einführe. Frieses Fazit: „Politik, Behörden, Industrie und Anbauer hatten Zeit genug, die nötigen Rahmenbedingungen für eine Umsetzung des EU-Rechts zu schaffen“.

Die jetzigen Anwendungsverbote bestimmter Pflanzenschutzmittel seien nämlich Folge der durch die europäische

Richtlinie 91/414/EWG zwingend vorgeschriebenen Umstellung des Genehmigungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel auf das sogenannte Indikationsverfahren, bei dem die Zulassung eines Pflanzenschutzmittels für jede Anwendung gesondert zu erfolgen habe. Dabei könne es in diesem Jahr tatsächlich zu gewissen Engpässen bei der Versorgung von Landwirten mit Pflanzenschutzmitteln kommen, obwohl die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft mit Hochdruck an der Schließung dieser Lücken arbeite.

„Um die Erzeuger jetzt nicht im Regen stehen zu lassen“, habe die SPD-Bundestagsfraktion „Lösungsvorschläge vorgelegt, die den Erzeugern konkrete Hilfe gewährleisten sollen“. So solle der Bund zusammen mit den Ländern „allen erdenklichen Einfluß geltend machen, um die siebte Verordnung zur Änderung der Rückstandshöchstmengenverordnung spätestens bis Mai 2002 in Kraft treten zu lassen“. Damit würden rund 140 geprüfte Rückstandshöchstmengen geregelt und über 100 Lücken geschlossen und die Erzeugerprobleme wesentlich entschärft.

Für die Zukunft einer umwelt- und verbraucherfreundlichen Landwirtschaft sind nach Frieses Ansicht „Forschung und Beratung von zentraler Bedeutung, um schädliche Pflanzenschutzmittel durch nicht-chemische und biologische Mittel zu ersetzen“. Denn für den Abgeordneten „muß auch in diesem Bereich der vorbeugende Verbraucher-, Anwender- und Umweltschutz oberste Priorität haben“.